



für ver.di Aktive an Saar und Blies

Ausgabe 18/25 (Nr.46) am 25. November 2025

Es wird gemütlich:

Gemeinsam und nicht einsam

Am 11. Dezember trifft sich der OV Saar Blies zum letzten Mal in diesem Jahr. Gemeinsam wollen wir in gemütlicher Runde das Jahr ausklingen lassen. Wir freuen uns auf Deinen Besuch. Dabei berichten wir auch von der Landesbezirkskonferenz und von der Klausur des Bezirkes Region Saar-Trier. Und natürlich gibt es etwas zum trinken.

Gemütlich wollen wir am 11. Dezember ab 18 Uhr unser Jahr ausklingen lassen. Schon auf der letzten Sitzung konnte Rainer Tobae eine beachtliche Bilanz unserer Arbeit vorlegen. Die Gruppe meinte, das sei Grund, ein wenig zu feiern.

Wir werden in gemütlicher Runde bei Bier und Lyoner, bei Plätzchen und Crémant gemeinsam die Arbeit Revue passieren lassen. Auch können wir von der Klausur des Bezirksvorstandes in Wallerfangen sowie der außerordentlichen Landesbezirkskonferenz in Kirkel berichten.

Wie aus in der Regel gut unterrichteten Kreisen zu hören, soll auch der gewerkschaftlich organisierte Weihnachtsmann zu Besuch kommen.



Versammlung im November:

OV Saar-Blies erarbeitete Programm für 2026

Auf der Versammlung am 13.11.25 diskutierte die ver.di-Gruppe die Schwerpunkte für 2026. Konkreter Zeitplan soll auf der Hauptversammlung mit Organisationswahlen am 12. Februar 2026 beschlossen werden.

Es wurden zwölf konkrete Themenvorschläge in die Diskussion eingebracht. Diese haben wir zu sechs Themengebieten zusammengefasst und dabei vier als vorrangig bezeichnet.

Man wird sich weiterhin jeden zweiten Donnerstag im Monat treffen. Wegen Vaddertag gibt es eine Ausnahme.

Die Versammlung war sich einig, dass man nur noch möglichst alle zwei Monate einen Termin mit Referenten anbieten will, um auf den Treffen dazwischen mehr Zeit zur Diskussion aktueller Probleme zu haben.



Folgende Themenfelder wurden festgelegt:

1. **Abrüstung und Angriff auf den Sozialstaat.**

Wir werden am 21. Juni ein Internationales Treffen gegen Faschismus und Krieg zur Feste Goeben in Metz und an dem Mahnmal Ban-Saint-Jean bei Boullay organisieren.

Wir beteiligen uns am Ostermarsch und am Antikriegstag des DGB. Wir schlagen dem DGB eine Veranstaltung mit einem Vertreter*in des SPDManifestes zur Abrüstung vor. Wir bemühen uns im Ralf Krämer für eine Veranstaltung „Rüstung ruiniert Sozialpolitik“. Alternativ prüfen wir eine Veranstaltung zum „Klimakiller Militär“.

2. **Transformation im Saarland**

Am 8. Januar haben wir die Leiterin Wirtschaftspolitik der Arbeitskammer Carina Webel zu Gast.

3. **Sozialversicherungssystem**

Wir planen eine Veranstaltung zur Situation der GKV mit einem kompetenten Referenten/Referentin.

4. **KI Künstliche Intelligenz**

Es geht um eine grundsätzliche Begriffsklärung und Kritik aus gewerkschaftlicher Sicht

5. **Unterstützung Tarfbewegungen und bezirkliche Aktionen**

Insbesondere in den Tarifaueinandersetzungen



des Öffentlichen Dienstes der Länder wollen wir uns aktiv einbringen.

Gerne üben wir Solidarität bei gewerkschaftlichen Aktionen und Demonstrationen. Wir nehmen am Neujahrsempfang der ver.di und dem Frühlingsempfang des DGB teil.

6. Es gibt ein Interesse an **medienpolitischen und kulturpolitischen Fragen**, diese reichen von der Diskussion der Arbeitsweise des öR bis hin zu Fragen konkreter undemokratischer Vorkommnissen.

Auch will man sich stärker mit kulturpolitischen Fragen beschäftigen, vorgeschlagen wurde u.a. Kontakte zur saarländischen Initiative „Licht AN!“ zu knüpfen. Diese Initiative beklagt den Rückgang der Kulturberichterstattung.

Wir werden diese Bereiche aber nur dann behandeln können, wenn wir andere Punkte, die wir vorgesehen haben, nicht realisieren können. Ansonsten müssen wir das in den Ideenspeicher schieben.

Erste Terminübersicht 2026:

- 08.01.: Thema Transformation mit C. Webel
- 22.01. Neujahrsempfang ver.di Saarland
- 12.02.: Organisationswahlen
Wahlversammlung des Ortsvereins
- 08.03.: Internationaler Frauentag
- 10.03.: Frühlingsempfang des DGB
- 12.03.: Thema mit Referent
- 04.04.: Ostermarsch
- 09.04.: Gewerkschaftstreff
- 01.05.: Maidemo und Fest
- 02.05.: Unterstützung Mahnwache der Frauen
- 13.05.: ACHTUNG MITTWOCH:
Thema mit Referent
- 11.06.: Gewerkschaftstreff
- 21.06.: Internationales Treffen
Gegen Faschismus und Krieg
- 09.07.: Thema mit Referent
- 13.08.: Gewerkschaftstreff
- 01.09.: Antikriegstag des DGB
- 10.09.: Thema mit Referent
- 08.10.: Gewerkschaftstreff
- 29.10.: Bezirkskonferenz
ver.di-Region Saar-Trier
- 12.11.: Thema mit Referent
- 10.12.: Jahresendfeier

Filmhaus Saarbrücken am 3.12.:

KAMERADSCHAFT CAMAREDERIE

3. Dezember 2025, 18 Uhr, einen Tag vor dem Baratag, lädt das Stadtarchiv Saarbrücken in Kooperation mit der Arbeitskammer des Saarlandes und der Stiftung Rechtsschutzsaal zusammen mit dem Filmhaus zu einem Deutsch-Französischen Filmabend in die Mainzer Straße 8 ins Filmhaus der Landeshauptstadt ein.

Gezeigt wird der Film „KAMERADSCHAFT/CAMAREDERIE“ von Georg Wilhelm Pabst (1931).

Im Jahr 1906 ereignete sich in Courrières im großen nordfranzösischen Kohlegebiet das schwerste Grubenunglück der europäischen Bergbaugeschichte mit über 1000 Toten. Das Ausmaß war im wahrsten Sinne des Wortes gewaltig. Die Untertageanlagen wurden über eine Strecke von 110 Kilometern Länge beschädigt. Es kam zu Einstürzen und mehreren Explosionen, so stark, dass die Druckwelle auch über Tage zum Einsturz von Fördertürmen mit Verletzten und Toten führte. Eine Gruppe von Helfern aus dem Ruhrgebiet leistete bei der gefährlichen Bergung eine wertvolle Hilfe – deutsch-französische Freundschaft in einer Zeit der gefühlten Erbfeindschaft.

Dieses Ereignis verarbeitete der Regisseur Georg Wilhelm Pabst zu einem beeindruckenden kinematografischen Werk, wick dabei erheblich von den historischen Ereignissen ab, um zur Überwindung der deutsch-französischen Feindschaft beizutragen.

Seine Bilder erzählen von der Gefährlichkeit des Bergbaus, mangelndem Arbeitsschutz und der Solidarität der Kumpel über nationale Grenzen hinweg.

Im Original kam dieser Film 1932 auch in Kinos an der Saar. Die von Max Braun 1932 geleitete sozialdemokratische Tageszeitung „Volksstimme“ schrieb dazu am 24. März 1932: „Dieser Film müsste im Saargebiet wochenlang ausverkaufte Häuser haben“. Der Film ist in Deutsch und Französisch gemischt gestaltet, sprachlich aber auch bei geringen Fremdsprachenkenntnissen aufgrund der geschickten Gestaltung von Georg Wilhelm Pabst verständlich. Französischen Gästen wird mit Blick auf die Einführung und das Filmgespräch eine französische Zusammenfassung geboten.

Ein durch seine Bilder und Handlung beeindruckender Film – zu sehen in restaurierter Fassung.

Filmvorführung mit Einführung und Filmgespräch, moderiert von Marie Galimard mit Dr. Nils Peiler (Filmhaus), Dr. Hans-Christian Herrmann (Stadtarchiv), Dr. Frank Hirsch (Arbeitskammer des Saarlandes) und Christina Tsiakiris (Stiftung Rechtsschutzsaal) und anschließender Diskussionsmöglichkeit. Für französische Gäste mit Übersetzungsdienst.

Da der Rechtsschutzsaal 2025 saniert wird, findet der Filmabend an folgendem Ort statt:

FILMHAUS SAARBRÜCKEN

Mainzer Str.8

66111 Saarbrücken

Lieferkettengesetz:

Vorwärts, es geht zurück!

Die Abgeordneten in Brüssel haben mehrheitlich für eine Aufweichung der bestehenden EU-Lieferkettenrichtlinie gestimmt. Diesen Beschluss traf die konservative EVP-Fraktion zusammen mit Abgeordneten der extrem rechten Parlamentsfraktionen. Das gibt einen Vorgeschmack auf eine künftige Zusammenarbeit zwischen rechts und noch rechter.

Die Herstellung komplexer Industrieware verlangt Ausgangsmaterial und Fertigungsschritte, die über den gesamten Planeten verteilt sind, bevor sie via Lieferkette zum Endprodukt vereint werden. Was da unter welchen schmutzigen Umständen vom wem zu welchen elenden Bedingungen aus dem Boden gegraben und in Hallen zusammengeschraubt wird, unterlag lange nicht der geringsten Kontrolle.

Da wollte man dann wenigstens einige Menschenrechts- und Umweltprobleme in den Lieferketten beheben. Bei Verstößen wurde mit Geldstrafen von bis zu fünf Prozent des weltweiten Umsatzes gedroht.

Unter dem Gesichtspunkt größtmöglicher Gewinnerzielung ist das aber vermessen. Die Beachtung von Umwelt- und Arbeitsstandards bei Zulieferern von irgendwo ganz weit weg ist, so betrachtet, teurer und aufwendiger Kokoloress.

Das Bündnis Saarland-Verantwortung-Lieferketten hatte tags zuvor den Erhalt zentraler Schutzmechanismen für Arbeitnehmer*innen und Umwelt gefordert.

„Die Europäische Lieferkettenrichtlinie ist ein Meilenstein für die Stärkung von Arbeitnehmer*innenrechten und für die Übernahme ökologischer Verantwortung in den globalen Lieferketten“, so Christian Umlauf, ver.di-Bezirksgeschäftsführer, Region Saar-Trier in einer Pressemitteilung. Zukünftig nur noch verhältnismäßig wenige Unternehmen mit der Richtlinie zu erfassen oder sich entgegen des von den UN geforderten risikobasierten Ansatzes auf die zumeist in der EU ansässigen direkten Zulieferer zu beschränken, würde die Richtlinie ihrer Wirksamkeit berauben. Auch das Aufweichen der bislang einheitlichen zivilrechtlichen Haftung und der Sanktionen sowie ein Einschränken der Einbeziehung von Stakeholdern wie Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen würde zentrale Schutzmechanismen empfindlich aushebeln. Aus dem Konjunktiv würde nun ein wird.

Wir wollten mit der Lieferkettenrichtlinie Menschen entlang vieler globaler Lieferketten vor Verletzungen ihrer Gesundheit, ihrer Würde und ihres Lebens schützen. Ist wohl nichts.

Was lernen wir daraus? Ohne Kampf gibt es nichts. Und in der EU ist die fragile Mehrheit von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen nun gefährdet.



Marion Paul gewählt:

Konferenz wählte neue Landesbezirksleiterin

Auf der außerordentlichen Landesbezirkskonferenz der ver.di RPS am 21.11. wurde Marion Paul zur neuen Landesbezirksleiterin gewählt. Frank Hutmacher wurde Stellvertreter. Michael Quetting hatte nach seiner Rede auf eine Kandidatur verzichtet.

Am 21.11. fand in Kinkel eine außerordentliche Landesbezirkskonferenz des ver.di-Landesbezirks Rheinland-Pfalz-Saarland statt. Der bisherige Landesbezirksleiter Michael Blug hatte im Vorfeld angekündigt, sein Amt niederlegen zu wollen.

Von den 95 Delegierten waren 65 anwesend und wählten mit 43 Stimmen Marion Paul als neue Landesbezirksleiterin. Unmittelbar vor der Wahl hatte Michael Quetting seine Kandidatur zurückgezogen. Er hatte, wie er selbst sagt, kandidiert, um vor allem neue Themenschwerpunkte zu setzen.

Für die Position des stellvertretenden Landesbezirksleiters wurde Frank Hutmacher ebenfalls mit 56 Stimmen gewählt.

Das neue dreiköpfige Leitungsteam an der Spitze der ver.di Rheinland-Pfalz-Saarland besteht damit aus Marion Paul als neue Landesbezirksleiterin sowie Sabine Engelhardt-Cavelius und Frank Hutmacher als stellvertretende Landesbezirksleiter*innen.

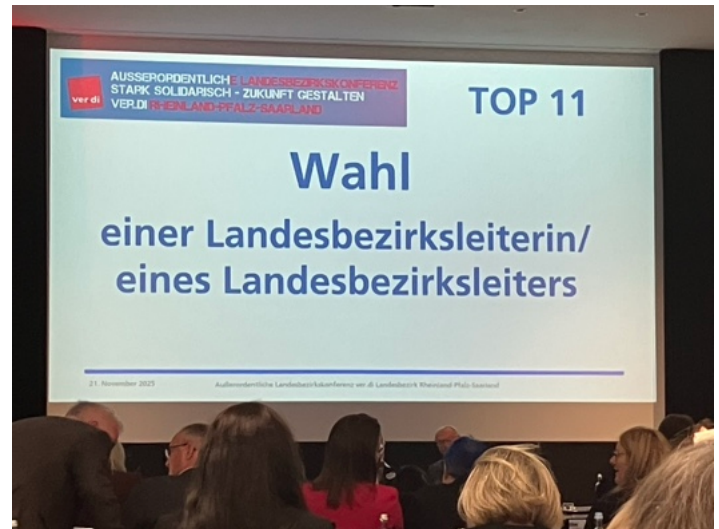
Marion Paul wurde 2023 bereits zur stellvertretenden Landesbezirksleiterin gewählt und war davor Geschäftsführerin für den ver.di-Bezirk Mittelrhein. Sie kündigte an, die Schwerpunkte ihrer politischen Arbeit vor allem im Erhalt der Daseinsvorsorge, in der Abwehr der aktuellen Angriffe auf den Sozialstaat und für konsequente Tariftreue zu setzen.

„Wer den Sozialstaat und die Daseinsvorsorge schwächt, stärkt die Spalter. Wir setzen auf Solidarität, Tarifbindung sowie eine handlungs- und tragfähige öffentliche Infrastruktur – das ist unser Beitrag zu einer demokratischen, gerechten und toleranten Gesellschaft. Dafür werden wir uns mit aller Kraft einsetzen“, so Marion Paul.

Frank Hutmacher wird künftig als stellvertretender Landesbezirksleiter das dreiköpfige Leitungsteam vervollständigen. Hutmacher arbeitet seit 1999 als Gewerkschaftssekretär und hat sich seit 2007 auf Tarifpolitik und Tarifverhandlungen spezialisiert. Seit 2014 hat er das Amt des Fachbereichsleiters für den Bereich Gesundheit, Soziale Dienste, Bildung und Wissenschaft im ver.di-Landesbezirk Rheinland-Pfalz-Saarland inne, das er auch künftig parallel weiterführen wird.

Der ver.di-Bundesvorsitzende Frank Werneke betonte in seinem Redebeitrag die Bedeutung eines gerechten Sozialstaats, einer funktionierenden Daseinsvorsorge sowie Verteilungsgerechtigkeit als drei Grundpfeiler für soziale Stabilität im Land.

Mit einem deutlichen friedenspolitischen Signal hat unser Vorstandsmitglied Michael Quetting auf der außerordentlichen Landesbezirkskonferenz von ver.di Rheinland-Pfalz-Saarland seine Rede eröffnet – und beendet. „Frieden ist die Grundlage von allem. Ohne Frieden ist alles nichts“, erklärte er vor den Delegierten.



Quetting machte unmissverständlich klar: Der Kampf für Frieden stehe im Zentrum der gewerkschaftlichen Verantwortung. Er kritisierte die sicherheitspolitische „Zeitenwende“ der Bundesregierung als historischen Fehlkurs, der soziale Spaltung verschärfe, demokratische Rechte unter Druck setze und die Region gefährlich aufrüste.

Quetting stellte heraus, dass Aufrüstung nicht nur Milliarden verschlinge, sondern direkt auf Kosten der Beschäftigten und der öffentlichen Daseinsvorsorge gehe.

„Es gibt kein Butter und Raketen“, sagte er. Jeder Euro, der in Waffen fließe, fehle in Krankenhäusern, Kitas, Schulen und bei der ökologischen Transformation. Das 5-Prozent-Rüstungsziel sei ein Angriff auf soziale Sicherheit.“

Neben dem Friedensthema betonte Quetting die Notwendigkeit eines klareren politischen Profils und einer offensiveren Interessenvertretung. Er kritisierte zu viel Anpassung nach außen und zu wenig innergewerkschaftliche Transparenz und Beteiligung. Erfolgreiche Bewegungen der vergangenen Jahre hätten gezeigt, wie gewerkschaftliche Stärke entstehen könne: „von unten, mutig, solidarisch und konfliktfähig“.

Den Rückzug seiner Kandidatur begründete er mit dem Wunsch, die Einheit der Gewerkschaft zu schützen. „Ich will die Einheit der Gewerkschaft hüten wie unseren Augapfel.“ Das sei die Lehre nach dem Krieg gewesen. „Nie wieder Krieg. Nie wieder Faschismus.“ Es ginge ihm nicht um ein Amt, sondern um eine ver.di, „die lauter wird, unbequemer und kämpferischer. Gemeinsam müsse man sich erneuern.“

Die vom Ortsverein gestellten Anträge „Gegen das 5-Prozent-Ziel der Nato“ und „Gegen Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland“ wurden lediglich als Arbeitsmaterial angenommen.

Bezirksvorstand stimmte Arbeitsvorhaben ab:

Klausur vor den Organisationswahlen

Am 21. und 22. November trafen sich die Mitglieder des Bezirksvorstandes der Region Saar-Trier zu ihrer jährlichen Klausur in Wallerfangen.

Es gehört zur guten Tradition des Bezirkes in der Region Saar-Trier sich zum Jahresende zu einer Klausur zu treffen. So auch dieses Jahr. Es ging am 21. und 22. November nach Wallerfangen ins Hotel Scheidberg. Das war für einige ganz schön stressig, waren doch einige auch vorher schon auf der Landesbezirkskonferenz in Kirkel gewesen.

Mit dabei auch der Ortsverein Saar-Blies, vertreten durch unsere Vorstandsmitglieder Monika Guss und Michael Quetting.

Im Zentrum standen die Arbeitsvorhaben der Fachbe-



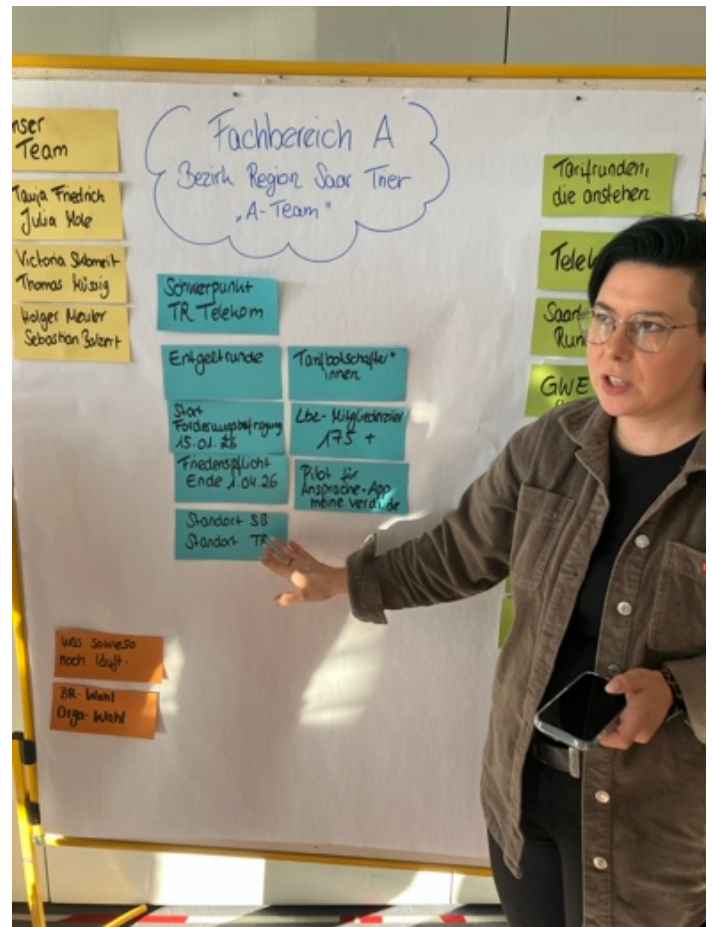
reiche und Personengruppen sowie die Planungen der beiden Ortsvereine.

Neben Fragen der aktuellen gewerkschaftlichen Arbeit liesen sich die Vorstandsmitglieder von den Sekretären der Fachbereiche jeweils ihre Besonderheiten und Vorhaben für 2026 darlegen. Und zwar stellten sich die Fachbereiche an verschiedenen Stellen auf und die Kolleginnen und Kollegen zogen von Fachbereich zu Fachbereich, die auf Stellwänden in der gebotenen Kürze ihre Vorhaben kurz erläuterten. So bekamen die Vorstandsmitglieder einen schnellen und guten Überblick. Auch die Frauen und die Jugend berichteten von ihren Überlegungen. Die Frauen baten ganz konkret um Unterstützung für eine am 2. Mai 26 geplante Mahnwache gegen rechts zum Jahrestags des Sturms der Nazis auf die Gewerkschaftshäuser und der Zerschlagung der Gewerkschaften.

Der Ortsverein stellte die Arbeitsergebnisse unserer Beratungen vom 13. November vor.

Die Kolleginnen und Kollegen äußerten sich durchweg positiv zu unserer Arbeit und zu den Vorhaben. Wir boten den Fachbereichen unsere Hilfe bei Aktionen an und machten auch für unsere Veranstaltungen Reklame. Wir konnten auch zwei neue Abonnenten für unseren RUNDBRIEF gewinnen.

Auf besonderes Interesse stieß unsere Planung für



das Internationale Treffen gegen Faschismus und Krieg im Juni 2026. Wir können es jetzt ganz konkret vorbereiten. Auf der Vorstandssitzung am 27. Januar werden wir einen Antrag für den Aktions und Kampagnenfond stellen, damit die Finanzierung in trockenen Tüchern ist.

Beraten wurden noch einige Strukturen für die kommenden Organisationswahlen und der Haushalt des Bezirkes.



Senior*innen:

Welche Kosten entstehen im Altersheim?

Der Regionalsenioren*innenausschuss Saarbrücken trifft sich am Montag, 8.12.25 um 10 Uhr im ver.di-Haus.

Eingeladen hat man einen Teamleiter vom Sozialamt in Saarbrücken. Dieser informiert zum Thema „Umgang ins Seniorenheim, welche Kosten entstehen (Hilfe zur Pflege in Einrichtungen).

Anschließend gibt es die traditionelle Gulaschsuppe, weswegen um Anmeldung gebeten wird, um die Portionenanzahl richtig abschätzen zu können. Anmeldung bei Kollegin Nadine Siegwart 0681 98849 185 oder nadine.siegwart@verdi.de



Absturz der BRD:

Jetzt Platz 22 im Klimaschutzranking

Deutschland fällt beim Klimaschutz im internationalen Vergleich weiter zurück. Im neuen Klimaschutz-Index steht die BRD auf Position 22 – sechs Plätze tiefer als zuvor. Mit der Aufstellung werden die Bemühungen von 63 Ländern und der EU bewertet, die zusammen für mehr als 90 Prozent aller klimaschädlichen Treibhausgasemissionen stehen. Der Report wurde von Umweltorganisationen erstellt und auf dem Weltklimagipfel im brasilianischen Belém präsentiert.

EZB warnt:

Kommt es zu beispiellosen Schocks?

Die Europäische Zentralbank (EZB) rät den Geschäftsbanken der Währungsunion dazu, sich auf beispiellose Schocks mit weitreichenden Folgen für das Finanzsystem vorzubereiten. „Geopolitische Spannungen, eine veränderte Handelspolitik, Klima- und Naturkrisen, der demographische Wandel und technologische Umbrüche verschärfen strukturelle Schwachstellen“, teilte die EZB in Frankfurt mit. Das Risiko extremer Ereignisse sei dadurch „so hoch wie nie zuvor“. Die Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Banken gegenüber politischen Risiken und Unsicherheiten bleibe daher die oberste Priorität der Aufsicht. Angesichts der unvorhersehbaren Bedrohungen plant die EZB zudem einen Stresstest.

Rentendebatte:

Schluss mit der Quertreiberei

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) fordert die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag auf, die Quertreiberei gegen den Rentenbeschluss der Koalition einzustellen und den Kabinettsbeschluss mit der SPD mitzutragen.

„Eine Vertagung der Entscheidung, wie sie etwa Bundesfamilienministerin Karin Prien fordert, wäre falsch. Heutige und zukünftige Rentnerinnen und Rentner erwarten von der Politik Verlässlichkeit. Ohne eine Entscheidung in diesem Jahr beginnt das Rentenniveau bereits ab 2026 zu sinken“, warnte der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke.

„Die ganze Debatte führt an der Lebensrealität von Millionen Menschen vorbei. Viele Renten sind bereits jetzt beklagenswert niedrig“, betonte Werneke. Die durchschnittliche Rentenhöhe für neue Rentnerinnen und Rentner betrage für Frauen nur 929 Euro, bei Männern seien es 1.355 Euro.

Das Auftreten der Jungen Gruppe in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sei anmaßend: „Sie handelt überhaupt nicht im Interesse der jungen Generation: Denn wird das Rentenniveau ab 2032 abgesenkt, dann trifft das nicht nur die Generation der Babyboomer, sondern eben auch alle nachfolgenden Generationen“, stellte Werneke klar.

Mehrheit dafür:

Vollversicherung für die Pflege

Eine deutliche Mehrheit von 65 Prozent der Bevölkerung ist für den Ausbau der gesetzlichen Pflegeversicherung zu einer Vollversicherung, die alle Pflegekosten übernimmt. Dagegen spricht sich lediglich eine kleine Minderheit von 18 Prozent für eine verpflichtende private Zusatzversicherung aus, die derzeit in der Politik vorrangig diskutiert wird. Das hat eine repräsentative Forsa-Umfrage im Auftrag des Bündnisses für eine solidarische Pflegevollversicherung ergeben.

Das klare Votum der Bevölkerung muss ein Weckruf sein für die Bund-Länder-AG ‚Zukunftspakt Pflege‘, die im Dezember ihre Ergebnisse präsentieren will: Statt weiter über Leistungskürzungen zu diskutieren, muss die finanzielle Basis der sozialen Pflegeversicherung erweitert werden, so das Bündnis, dem neben der ver.di angehören: Paritätischer Gesamtverband, der DGB, der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK), der Sozialverband Deutschland (SoVD), der Bundesverband der kommunalen Senioren- und Behinderteneinrichtungen (BKSB), der Deutsche Frauenrat, der BIVA-Pflegeschutzbund, der Arbeiter-Samariter-Bund, die Volkssolidarität, die Arbeiterwohlfahrt AWO und die IG Metall.

Unser Widerstand

Am 22. November fand in Saarbrücken eine Demonstration unter dem Motto „Eure Soziale Kälte - unser Widerstand“ statt. Aufgerufen hatte eine Reihe von Organisationen darunter auch der ver.di Bezirk Region Saar-Trier. Der Aufruf erfolgte sehr kurzfristig und bezog auch nicht alle Protestgruppierungen mit ein. Auch mit dem Ortsverein wurde nicht gesprochen. Trotzdem mobilisierten wir kurzfristig und waren Teil der mit 300 Teilnehmer*innen leider viel zu kleinen Demonstration.

Im Aufruf zu der Aktion hieß es:

"Wir erleben derzeit einen systematischen Angriff auf soziale Sicherheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Während Millionen Menschen nicht mehr wissen, wie sie Miete, Heizung, Energie und Lebensmittel bezahlen sollen, wird der Sozialstaat abgebaut, das Bürgergeld in Frage gestellt und öffentliche Daseinsvorsorge wie Krankenhäuser und Nahverkehr kaputtgespart oder privatisiert.

Gleichzeitig explodieren die Gewinne großer Konzerne – gerade in der Energiebranche – und die Rüstungsausgaben steigen rasant. Die geplante Wiedereinführung der Wehrpflicht und die Aufrüstungspolitik verdeutlichen: Für Krieg und Profite ist Geld da, für Soziales und Klimaschutz angeblich nicht.

Doch diese Krisen sind keine Naturkatastrophen. Sie sind Ergebnis politischer Entscheidungen auf dem Rücken der Vielen. Friedrich Merz ruft zum Zusammenhalt auf, meint damit aber vor allem: Wir sollen sparen, während andere verdienen. Wer aber ohnehin kaum noch über die Runden kommt, kann nicht noch mehr verzichten. Die soziale Schieflage wird zum freien Fall.

Gleichzeitig droht die sozial-ökologische Transformation zu scheitern, weil notwendige Investitionen in Klimaschutz und eine nachhaltige Infrastruktur aufgeschoben werden. Dabei ist klar: Soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Beides ist notwendig,

damit wir sicher und solidarisch durch diese und kommende Krisen kommen.

Wir sagen: Es reicht! Die sozialen Folgen der Krisen dürfen nicht weiter auf die breite Bevölkerung abgewälzt werden, während einige Wenige Gewinne in Milliardenhöhe einfahren.

Wir fordern ein Ende des sozialen Kahlschlags und stattdessen echte Entlastungen, massive Investitionen in Soziales, Bildung, Klima und Infrastruktur sowie eine gerechte Verteilung der Krisenkosten.“

Inhaltlich positionierten sich die Gruppen und Organisationen gegen jeden Abbau des Sozialstaates, gegen den die Abschaffung des Bürgergelds, gegen die Preissteigerungen beim Deutschlandticket bei gleichzeitiger Verschlechterung des ÖPNV, gegen die Explosion von Miet- Energie und Lebenshaltungskosten, gegen die massiven Rüstungsausgaben und die Wiedereinführung der Wehrpflicht!

Positiv wurde gefordert:

- Für den Ausbau eines gerechten, solidarischen Sozialstaats!
- Für höhere Löhne und eine armutsfeste, menschenwürdige Grundsicherung für alle!
- Für einen bezahlbaren, gut ausgebauten und barrierefreien öffentlichen Nahverkehr!
- Für eine wirksame Mietpreisdeckelung, Energiepreisdeckel und bezahlbares Leben für alle!
- Für mehr Investitionen in Soziales, Infrastruktur, Bildung und Klima!



Tarifrunde Öffentlicher Dienst der Länder:

Sieben Prozent mehr Geld, mindestens aber 300 Euro

Mit einer Forderung von sieben Prozent mehr Geld im Monat – mindestens aber 300 Euro zusätzlich, um die unteren Lohngruppen zu stärken, starten wir in die Verhandlungen für die rund 2,5 Millionen Beschäftigten der Länder. Für Nachwuchskräfte sollen die Vergütungen um 200 Euro pro Monat steigen, zudem wird ihre unbefristete Übernahme nach erfolgreicher Ausbildung gefordert.

Darüber hinaus sollen alle Zeitzuschläge um 20 Prozentpunkte steigen. Die Laufzeit des neuen Tarifvertrags (TV-L) soll zwölf Monate betragen. So haben es die Mitglieder der ver.di-Bundestarifkommission öffentlicher Dienst (BTK öD) auf ihrer Sitzung am Montag, 17. November 2025 in Berlin beschlossen.

Grundlage des Forderungsbeschlusses war eine breite Forderungsdiskussion, an der sich in den vergangenen Monaten rund 68.000 Kolleg*innen beteiligt

Millionen Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst der Länder (außer Hessen) starten am 3. Dezember und werden Mitte Januar fortgesetzt. Eine Einigung vor der dritten Gesprächsrunde, die am 11./12./13. Februar stattfinden soll, gilt als unwahrscheinlich. Das politische Klima, indem die Verhandlungen stattfinden, ist rau. Der Sozialstaat soll zunehmend weggekürzt werden.

ver.di fordert zudem die zeit- und wirkungsgleiche



Diskussion während der BTK-Sitzung am 17.11.25 - Foto: KAY HERSCHELMANN

hatten.

„Die Beschäftigten wollen ein klares Signal der Arbeitgeber, dass ihre Leistungen künftig besser honoriert werden“, sagte Verdi-Vorsitzender Frank Werneke. Für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen hatte es im April 2025 einen Abschluss gegeben – eine zweistufige Lohnerhöhung um 5,8 Prozent mit einer Laufzeit von 27 Monaten bis Ende März 2027.

ver.di führt die Länder-Tarifrunde als Verhandlungsführerin auch für die DGB-Gewerkschaften GdP, GEW und IG BAU. Die Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) für rund 1,2

Übertragung des Tarifergebnisses auf die rund 1,3 Millionen Beamtinnen und Beamten sowie auf die Versorgungsempfänger.

Impressum:

Herausgeber: ver.di OV Saar Blies. Der Vorstand

ViSdP.: Christian Umlauf, Geschäftsführer ver.di Region Saar Trier
St. Johanner Str. 49 in Saarbrücken

<https://saar-trier.verdi.de/vor-ort/ortsverein-saar>

Kontakt: christian.umlauf@verdi.de

OV-Vorsitzender: Rainer.Tobae@web.de

Redaktion und Bestellung: Michael@Quetting.de

Fotos: Michael Quetting, Kay Herschmann

Der Rundbrief erscheint als pdf